

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Für: Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

Rathaus, Marktplatz 10
69117 Heidelberg
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Beate Deckwart-Boller, Fraktionsvorsitzende
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvorsitzender
Manuel Steinbrenner, stellv. Fraktionsvorsitzender
Felix Grädler
Dr. Sandra Detzer
Peter Holschuh
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg
Oliver Priem
Kathrin Rabus
Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 21.11.2017

Sachantrag zu TOP 10 des BUA am 21.11.2017 - Veranstaltungsplakatierung

Hiermit beantragen wir folgende Änderungen zur Vorlage:

1. Für alle mangelhaften Stellen und solche, die baustellenbedingt abgebaut werden müssen, muss direkt ein Ersatz zur Verfügung gestellt werden, so dass 2.400 Stellen (an Banden und Dreiecksständen) immer nutzbar sind. Mangelhafte Standorte oder Standorte, die wegfallen, sowie die fehlenden Standorte werden vom Bürgeramt unter Berücksichtigung der beschlossenen Richtlinien von 2013 ersetzt (Es sollen nur Stellen ausgeschlossen werden, die aus rechtlichen und sicherheitsrelevanten Gesichtspunkten nicht möglich sind).
2. Für die stadtteilbezogenen Veranstaltungen soll die Anzahl der Plakatstellen erhöht und der Größe der Stadtteile angepasst werden. Entsprechende Standorte wurden in Kooperation mit den Stadtteilvereinen bereits benannt. Zudem werden von den Stadtteilvereinen feste Plakatnetze in den Stadtteilen, adäquat zur Kulturplakatierung, gewünscht, die für die Bewerbung von Veranstaltungen in den Stadtteilen unkompliziert gebucht werden können. Denkbar wären bspw. je 1/2 Netz pro Stadtteil.
3. §1 Absatz 5 soll um Vereine, die Veranstaltungen nach §9 Absatz 1 und 2 organisieren, ergänzt werden (Kultur, Wissenschaft etc.).

Begründung

Nach wie vor sind die Stellen für Kulturschaffende zu knapp. Plakatnetze sind regelmäßig, vor allem zu Hoch-Zeiten, ausgebucht. Den Bedürfnissen der in den Stadtteilen ehrenamtlich tätigen Menschen wird durch die vorgeschlagenen Änderungen nicht Rechnung getragen. Wir fordern die Verwaltung auf, eine Lösung zu finden, die dem Engagement in den Stadtteilen Rechnung trägt und eine geeignete Form zu finden, Veranstaltungen unbürokratisch zu bewerben. Die Beschlussvorlage, für die 1,5 Jahre gebraucht wurde, ist nicht zufriedenstellend. Eine neue Lösung soll schnellstmöglich gefunden werden.